roter blätter

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND Marburg

Doppelnummer 5/6 0,50 DM 9.2.1970

AN DIE AKTIVEN, d.h. REVOLUTIONÄR ARBEITENDEN GENOSSEN IN MARBURG !

Genossen,
irgendetwas stimmt nicht. In der ersten Nummer der "roten blätter" definierten wir die Aufgabe der "r.b." so : "Die ROTEN BLÄTTER haben drei Aufgaben: a) Kommunikationsorgan der studentischen Basisgruppen in den verschiedenen Fachbereichen; der Schüler- und Lehrlingsgruppen; b) Diskussionsforum für die politischen Basisgruppen und die verschiedenen Fraktionen der sozialistischen und radikaldemokratischen Bewegung; c) Agitationsorgan im Dienst sozialistischer Praxis." Also eine eindeutig politische Aufgabenstellung, die zugleich -und darauf hofften wir eigentlich - die Möglichkeit zur Stabilisierung und Konsolidierung der oben genannten Gruppen bot. Aber der Versuch, in dieser Richtung zu arbeiten ist bis jetzt völlig fehlgeschlagen. Die Genossen aus den "arbeitenden Gruppen" dachten -bis auf wenige Ausnahmen- nicht im Traum daran, diese Möglichkeit zu nutzen und ihre Diskussionsvorschläge (seien es nun bestimmte Schwierigkeiten bei ihrer Arbeit, Arbeitsergebnisse, Vorstellungen zur Strategie und Taktik o.ä.) hier zu publizieren. Kommunikation und Diskussion fanden also mangels Beiträgen nicht statt. Agitationsorgan konnten die "r.b." aus dem einfachen Grund nicht sein, weil der Vertrieb lediglich bei der ersten Nummer, als die Sache neu war, klappte; danach gab man sich auch in dieser Beziehung keine Mühe mehr.
Um diese Misere zu beenden, werden wir am Mittwoch, 11.2.7o um 15 h im AStA-Sitzungsraum eine Redaktionssitzung machen, zu der möglichst viele Genossen kommen sollten, um die politischen Aufgaben der "r.b." (neu) zu bestimmen. Anderenfalls wird ein Teil der arbeitenden Genossen die Mitarbeit einstellen, weil uns unsere Zeit und Arbeitskraft zuschade ist, um damit nur ein linkes Unterhaltungsblatt herzustellen. Trinogga

Mit den beiden folgenden Beiträgen, die an die Internationalismusdiskussion im Marburger SDS vom Dezember 69 und Januar 7o anschließen, sollen endlich die verschiedenen Ansätze bzw. Perspektiven studentischer Internationalismusarbeit konkretisiert werden.

ZUR STRATEGISCHEN BEDEUTUNG UND ZUR TAKTIK VON ANTIIMPERIALISTISCHEN AKTIONEN IN DER BRD

1. Da einige Genossen die Einleitung der "Roten Blätter" Nr. 4 als eine illegitimerweise als Gruppenmeinung ausgegebene Fraktionsmeinung kritisieren, soll hier noch einmal kurz auf den Stellenwert antiimperialistischer Aktionen und auf die Diskussion vor der Januardemonstration eingegangen werden. Eine genauere Begründung wurde auf den teach-in-Beiträgen versucht.
Die Position, wie sie in der Einleitung vertreten wird, vertritt zwar nicht die einhellige Meinung des gesamten SDS, wohl aber der überwiegenden Mehrheit der aktiven Genossen, was die Abstimmung auf der MV vom 1o.1.7o erweist. Daß diese Position dann auch praktisch, also auch publizistisch vertreten wird, ist kein Grund zur Kritik, sondern eine Selbstverständlichkeit.

2. Die Parole "vom abstrakten zum konkreten Internationalismus" ist -wenn auch inzwischen völlig zur Phrase verkommen- eher eine Kritik der Vietnamaktionen des Jahres 67/68 (und ein moralisches Postulat) denn eine stategische Anweisung für weitere antiimperialistische Aktionen. (Als Phrase sagt diese Parole nicht mehr aus als "vom unanständigen zum anständigen Internationalismus"). Die Vietnamaktionen am Beginn der Studentenbewegung - deren Nützlichkeit und Bedeutung hiermit nicht bestritten werden soll, stellten sich ihre Massenbasis in erster Linie durch eine emotionale Identifizierung mit den Befreiungsbewegungen der dritten Welt her, so daß der Radikalismus dieser Aktionen in keinem Vermittlungszusammenhang mit den konkreten Fragen des Klassenkampfes in der BRD mehr stand. Scheintheorien wie die "Randgruppentheorie" und die damit zusammenhängende "Theorie der Stadtguerilla" (Dutschkes Übertragung der Focusstrategie Guevaras auf die Bedingungen des Klassenkampfes in den Metropolen) waren Fluchtmöglichkeiten vor diesem nicht verdrängbaren Mangel.

3. Das Fehlverständnis der richtigen Erkenntnis, antiimperialistischen Kampf als Klassenkampf im eigenen Lande führen, nämlich die Bekämpfung der dem US-Imperialismus analogen Praktiken des westdeutschen Imperialismus, führt die kritisierten Fehler der alten Vietnamaktionen mit neuer Begründung fort. Die entscheidende Frage nach dem Bewußtsein der Massen wird umgangen. Allein aus der Erkenntnis heraus, daß Aufklärung über die wachsende Bedeutung des westdeutschen Imperialismus und dessen Praktiken notwendig ist, läßt sich jetzt nochkeine Aktionsstrategie ableiten und begründen. Der richtige Ansatz, die imperialistischen Praktiken der westdeutschen Konzerne anzugreifen, bleibt formal, solange dieser Kampf nicht von den Arbeitern dieser Konzerne selbst getragen wird. Es ist jedoch schlechte Utopie, von den westdeutschen Arbeitern Solidarität mit den ausgebeuteten Massen der dritten Welt zu erwarten, solange sie noch nicht ein Bewußtsein des Kampfes um ihre eigenen unmittelbarsten Interessen entwickelt haben.

4. Antiimperialistischer Kampf muß sich in der BRD konzentrieren auf die sowohl vermittelnden als auch verschleiernden Institutionen des Imperialismus, NATO und Bundeswehr und die Bundesregierung. Gerade die Vermittlung antiimperialistischen Kampfes mit dem Kampf gegen die SPD/FDP-Regierung ist zentral für sozialistische Strategie. Der Isolierungstaktik der Bundesregierung, der Isolierung der linksliberalen und linkssozialdemokratischen

Massen von der radikalen Linken können wir nur begegnen, wenn wir deren Hoffnungen und Illusionen über die neue Regierung konfrontieren mit deren realer Politik. Und diese Konfrontation muß dort geschehen, wo diese Widersprüche am offensichtlichsten werden. D.h. die im jetzigen Zeitpunkt entscheidenden Zielgruppen, Studenten, Schüler und Teile der gewerkschaftlich organisierten Arbeit, die inihrer überwiegenden Mehrheit sowohl die amerikanische Vietnampolitik ablehnen als auch große Hoffnungen auf die Bundesregierung setzen, müssen dieses Widerspruchs einsichtig gemacht werden. Und das nicht nur theoretisch, sondern auf der Straße unter Parolen, die von der Sozialdemokratie nicht in verfälschter Form zur Kanalisierung benutzt werden können. Da aber die Bundesregierung sich nicht vom amerikanischen Vietnamkrieg distanzieren kann, trägt sie somit ihr Teil dazu bei, Illusionen über ihre Politik zu zerstreuen und die Aktionseinheit der Linken gegen die Bundesregierung wieder herzustellen.

5. An der Januardemonstration nahmen im wesentlich größerem Umfang als bei bisherigen Aktionen Schüler, Lehrlinge und Arbeiter teil. Damit ist das taktische Ziel der Demonstration erreicht worden.

Burger / Schardt / Volbers

ZU EINIGEN PROBLEMEN DES SDS IM SYSTEM DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS DER BRD (Zugleich eine Antwort auf Burger u.a.)

1. Über Mißverständnisse, Fehlinterpretationen und Detailprobleme

1.1. Das Mißverständnis von den "aktiven Genossen" und der Fraktion
Wenn man, wie Burger u.a., dem Marxismus-Leninismus verpflichtet ist, sollte einem der Fehler, die Anwesenden einer MV als aktive Genossen zu bezeichnen, ,icht unterlaufen. Der Leninschen Definition nach sind aktive Genossen (Kader, Militante oder was immer es für neue Wortschöpfungen geben mag) nur jene, die nicht nur den Beitrag bezahlen und auf MVs erscheinen, sondern jene, die die Beschlüsse des zentralen Gremiums ausführen. Daß dies für die Teilnehmer der MV zutrifft, wird wohl niemand, der die Realität des Marburger SDS kennt, behaupten wollen.
Per Definitionem ist zum zweiten eine Fraktionsmeinung allemal eine Meinung, die von einer wie auch immer organisierten Gruppe mehr oder weniger geschlossen publizistisch und/oder praktisch vertreten wird. Selbst wenn diese Taktik von der Mehrheit des Verbandes vertreten wird, so bleibt sie halt nur die Mehrheitsfraktion, im Gegensatz zur unterlegenen.
Um die Fraktionsmeinung zur Verbandsmeinung zu machen, könnte entweder eine Bolschewisierung des Verbandes vorgenommen [illegible] oder aber die Minderheitsfraktion ausgeschlossen werden. Solange keines von beiden geschieht, bleibt es eben eine Fraktionsmeinung, egal, ob sie als solche bezeichnet wird oder nicht.

1.2. Über eine Phrase
Natürlich ist die Parole "vom abstrakten zum konkreten Internationalismus" eine Phrase, aber sie sagt nun doch etwas mehr als "vom unanständigen zum anständigen Internationalismus". Falls dies noch nicht der Realität entspricht, könnte uns aber diese strategische Losung zur Realität hinführen.
Die Realität ist, die üblichen Lenin- und Liebknecht-Zitate auslassend, daß der Imperialismus nicht in der DRV, auch nicht in Angola, Mozambique, Guinea (B) etc. steht, sondern im eigenen Land.
Es scheint hier eine [illegible] Verwirrung des Begriffes "Imperialismus" vorzuliegen. Der Imperialismus charakterisiert weder Kapitalexport noch militärisch-ökonomische Unterdrückung der "Dritten Welt" schlechthin. Er charakterisiert vielmehr eine spezifische Stufe des kapitalistischen Systems, das sich gegen-

über der vorhergehenden Stufe durch Kapitalexport etc. auszeichnet. Das heißt aber nun nichts anderes, als daß die Bestechung der Arbeiteraristokratie, die Einführung des Fließbandes (um einige Jahrzehnte zurückzugehen), die Rationalisierungsmaßnahmen, die Keynschen Antizyklischen Maßnahmen, aber auch die Notstandsgesetze Ausfluß des Imperialismus sind.
Auf dieser Ebene konkretisiert sich nun die Parole "vom abstrakten zum konkreten Internationalismus". Sie bedeutet nichts anderes als den entschlossenen Kampf gegen das imperialistische System - hier, und nicht vermittelt über Viet-Nam oder Angola, sondern z.B. über die Rente, die Krupp von Bohlen-Halbach bezieht, über den Lohnabbau etc.
Das heißt aber nun keineswegs, daß der Stellenwert der Internationalismuskampagne zu unterschätzen sei.
Von der Tatsache ausgehend, daß der SDS inerster Linie ein Hochschulverband ist, dessen primäre Aufgabe nicht nur die gewerkschaftliche Interessenvertretung, sondern auch die politische Erziehung der Studenten ist, kann der Internationalismuskampagne folgender Stellenwert zugemessen werden:
Die historische Erfahrung aus den studentischen Aktivitäten zeigt, daß die Probleme des internationalen Klassenkampfes zum zentralen Hebel zur Politisierung und Aktivierung der Studenten wurden.
So kann diese Kampagne vorerst hier an der Uni, dann im weiteren Maße in der Herstellung einer liberalen Öffentlichkeit zu den imperialistischen Verbrechen der BRD politische Arbeit leisten.
Dabei müssen die theoretischen Ergebnisse dieser Arbeit natürlich an jene Kader, die in den Betrieben arbeiten (ML, DKP o.ä. - die Frage müßte noch geklärt werden), weitergegeben werden, um, wenn nötig, in deren konkrete Praxis eingebracht und dadurch zugleich korrigiert zu werden.

SDS - Internationalismusgruppe
(Bode, Deeke, Ehrhardt, Schilling, Trinogga, Unger)

:::

Inhalt der ROTEN BLÄTTER nr. 5/6 :

S.2 Zur strategischen Bedeutung und zur Taktik von antiimperialistischen Aktionen in der BRD

S.3 Zu einigen Problemen des SDS im System des Staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD

S.5 Italien - Die Entwicklung des Kapitalismus, der Militärputsch und die Aufgaben der Marxisten-Leninisten

S.11 Nachruf auf die Anti-Bundeswehr-Kampagne

:::

Diese Nummer der ROTEN BLÄTTER erscheint als Doppelnummer für 5o Pfennig erstens deshalb, weil die Produktionskosten bei mehr Seiten natürlich höher sind, zweitens -und deswegen die 5o Pfg.- weil die Nummer 4 nur mangelhaft vertrieben wurde und deswegen ein riesiges Loch in der Kasse ist.

:::

Die Tatsache, daß die letzte Seite frei geblieben ist (was natürlich technisch, finanziell und auch sonst völliger Schwachsinn ist), geht auf die Schlamperei einer Genossin zurück, die ansonsten immer von Disziplin redet.

In der letzten Zeit sind in den Publikationen der Linken immer wieder Artikel zur Lage des Klassenkampfes in Italien erschienen. Angefangen vom romantisch-sentimentalen "Brief aus dem Gefängnis" des Gangsters (oder zumindest Putschisten) Pietro Cavllero (in: Kursbuch 19) über Berichte der ital. Streikbewegung (in: Rebell Nr. 15)bis zu Berichten über Teilaspekte des Klassenkampfes in Italien (Rebell nr. 16, Socialistische Correspondenz Nr. 23 und 27). Ein italienischer Genosse der Gruppe "Stella Rossa" (ML) hat uns deswegen einen Artikel geschrieben, in dem versucht wird, die Klassenkämpfe in Italien in ihrem Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation zu analysieren.

tri

ITALIEN - Die Entwicklung des Kapitalismus, der Militärputsch und die Aufgaben der Marxisten - Leninisten

In der bundesrepublikanischen Presse herrscht heute eine große Unklarheit über die Einschätzung der politischen Lage, in der sich Italien befindet. Dieser Artikel ist die Analyse eines italienischen Genossen, der versuchen will, aus ihr die Aufgaben der Marxisten-Leninisten abzuleiten.

Abriß der sozio-ökonomischen Entwicklung

Italien erreichte später als andere Staaten Europas seine politische Einheit. Das lag vor allem daran, daß bis zu dieser Zeit (um 1861) und auch später eine kapitalistische Bourgeoisie als Hauptträger einer bürgerlichen Revolution nicht vorhanden war. Die Einigung Italiens kam also vor allem durch äußere Einflüsse (Frankreich, Napoleon III) zustande, was das betont autoritär-bürokratische Verhältnis der Institutionen (Monarchie, Staatsmacht, Kirche) zu den Volksmassen heute noch erklärt.

Die Industrialisierung setzte erst Anfang 1900 an, da u.a. keine Rohstoffe vorhanden waren. Der Rohstoff-Import bewirkte, daß vorwiegend der nördliche Teil Italiens industrialisiert wurde, was die Ursache des sozio-ökonomischen Gegensatzes zwischen Nord- und Süditalien ist. Im Norden entwickelte sich durch ausländische Kapitalinvestitionen im Gürtel Turin, Genua, Mailand eine Kleinindustrie (Bootswerften etc.); erst mit dem Faschismus (1922 - 1943) setzte der Monopolisierungsprozeß in größerem Maße ein, wiederum später als in anderen europäischen Staaten. Der Süden (mit den Inseln) blieb dagegen ein Agrarland mit feudalistischen Zügen: Übergang von Feudalbesitz in Großgrundbesitz, Pächter, Halbpächter, Tagelöhner. Auch die Rationalisierung der Agrarproduktion und die Übernahme kapitalistischer Methoden (große Kapitalinvestitionen, große Ausdehnung der Betriebe, Landarbeiter) setzte früher im Norden ein (Po-Ebene), so daß der Süden bis heute ein unterentwickeltes Land geblieben ist.

Die Eingliederung Italiens in die EWG bringt gerade in diesen Jahren einen Rationalisierungsprozeß zustande, der sich sowohl auf dem Lande als auch in der Industrie abspielt. Die propagierten Rationalisierungspläne in der Landwirtschaft werden bis 1980 die Entlassung weiterer 2.000 000 landwirtschaftlicher Arbeiter nach sich ziehen, die das Heer der Arbeitslosen und Emigranten weiterhin vergrößern werden (Folge des Mansholt - Planes). Die norditalienische Industrie kann diese Arbeiterüberschwemmung nicht verkraften, da sie ohnehin sehr schwach ist und mit ihrer eigenen Rationalisierung rechnen muß.

Widersprüche im Kapitalismus

Das italienische kapitalistische System befindet sich heute in einer kritischen Phase. Einerseits ist der Monopolisierungsprozeß in den letzten Jahren (bzw. Jahrzehnten) sehr weit vorangeschritten, sodaß das private und staatliche italienische Monopolkapital die

Konkurrenz auf europäischem - und sogar auf Weltmaßstab aufnehmen konnte. Andererseits besitzt das Kleinkapital (u.a. Bau- und Textilindustrie) noch sehr viel Macht und hemmt dadurch die Konkurrenzfähigkeit des Monopolkapitals .
Die vier großen monopolkapitalistischen Konzerne((Fiat-Automobilwerke, Pirelli-Kunststoffe und Chemische Produkte: beide privatmonopolistisch ; sowie ENI(= Ente Nazionale Idrocarburi)- Petrolchemische Produkte und IRI(= Istituto Ricostrozione Industria)- Schwerindustrie : beide staatsmonopolistisch)) drängen heute auf eine gesellschaftliche Planung : Planung der (staatlichen) Investitionen, der Lohn- und Gehaltserhöhungen. Dagegen versucht die Kleinindustrie diesen (unaufhaltsamen) Rationalisierungsprozeß zu bekämpfen, da er ihre eigene Existenz bedroht. Sie ist nicht fähig , eine langfristige Planung - wie sie das Monopolkapital anstrebt - zu überstehen, da sie stets darauf angewiesen ist, durch (kurzfristige) Investitionen Profite zu gewinnen. In diesem Kampf gegen die Rationalisierung wird die Kleinindustrie (und ihre politischen Interessenvertreter) vor allem vom US- amerikanischen Monopolkapital unterstützt, das sehr großes Interesse daran hat, die Konkurrenzfähigkeit des italienischen Monopolkapitals zu lähmen, da das italienische Monopolkapital auf dem europäischen Markt (Automobilindustrie) und im mittleren Osten (Erdöl) immer expansiver wird und somit die Expansion des US-amerikanischen Monopolkapitals hemmt. (ein Beispiel besonderer Art : Fiat baut als einziger westlicher Automobilkonzern im soeben erbauten Togliattigrad - Sowjetunion- 600 000 Automobile pro Jahr). Der Gegensatz zwischen Monopolkapital und Kleinindustrie kann nur mit dem Sieg des einen oder des anderen enden. Würde es dem Monopolkapital gelingen, eine gesellschaftliche Planung durchzusetzen , um seine alte Konkurrenzfähigkeit - nach der großen Steikwelle im Herbst 1969 - wieder herzustellen?

Der Revisionismus und die Strategie der "Strukturreformen"

Vor einigen Jahren wurde in Italien der erste Versuch unternommen, eine gesellschaftliche (natürlich begrenzte) Planung einzuleiten(Pieraccini- Plan 1965). Dieser Versuch scheiterte, da die akuten Probleme Italiens unberücksichtigt blieben: die Arbeitslosigkeit, die nachfolgende Emigration (zum einen vom Süden und den Inseeln zum Norden, zum anderen ins Ausland) , die Inflation und die Kapitalflucht nahmen erschreckende Ausmaße an. Dafür nahm die politische Radikalisierung der Massen in den letzten Jahren immer mehr zu und die Streikwellen stiegen an, was das Scheitern des Planungsversuches beeinflußte.
Um die politische Austragung des Gegensatzes zwischen Monopolkapital und Kleinindustrie zu analysieren, braucht man lediglich die Spaltung in den traditionellen Parteien zu berücksichtigen: zwischen Befürwortern der Planung und deren Gegnern. Als 1965 der Planungsversuch Pieraccinis ins Parlament eingebracht wurde, stimmten die Regierungsparteien (Republikanische Partei, Christliche Demokraten, Sozialdemokratische Partei) der linken Mitte für diese Planung .
Die größte Gewerkschaft CGIL (eine politische Gewerkschaft- wie die CGT in Frankreich - die von der KPI gelenkt wird) enthielt sich der Stimme. Indem sie aber nicht gegen eine Planung stimmte, die ganz offen auf einex Erhaltung des Kapitalismus hinauslief , verhalf sie ihr , durchgesetzt zu werden. Im Klassenkampf jedoch gibt es keine Neutralität , das aber versuchten die Gewerkschaftsführer zu verschleiern . Die KPI macht sich damit objektiv zum Unterstützer des Monopolkapitals und das betont sie in der letzten Zeit immer mehr: das Monopolkapital sei wegen der unaufhaltsamen Rationalisierung der Wirtschaft der progressive Teil des Kapitalismus und müsse deshalb unterstützt werden. Hier knüpft dieKPI an die alte revisionistische Tradition an, die an eine allmähliche Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus dadurch glaubt, daß sich die Wirtschaft immer mehr konzentriere und schließlich die Gesellschaft als "einziger Unterneher" dastehe.

Diese revisionistische Konzeption (in peinlicher Übernahme der Konvergenztheorie) erläutert die KP- Führung mit der Strategie der "Strukturreformen" : durch die Verstaatlichung immer größerer Wirtschaftsbereiche (elektrische Energie, chemische - und Schwerindustrie) soll schließlich der "Sozialismus" erreicht werden. Unter dem Decknamen der "Strukturreformen" tritt also die KP- Führung für diejenige Planung ein, die vom Monopolkapital erstrebt wird. Mit dieser offen verkündeten revisionistischen Konzeption(die aber schon seit dem 2. Weltkrieg, vielleicht sogar schon seit Gründung der Partei Inhalt der KP-Politik gewesen ist) versucht die KP-Führung, die Sozialdemokraten für eine parlamentarische "linke Mehrheit" zu gewinnen. Zu diesem Ziel sind auch die "linken Christ-Demokraten" nötig, mit denen die KPI innerhalb des "Dialogs zischen Marxisten und Katholiken" schon seit 20 Jahren flirtet. Diese "linke Mehrheit" (die dann von der KP über die linkssozialistische PSIUP, der links-sozialdemokratischen PSI bis zur "linken Fraktion" der christlich-demokratischen DC reichen würde) besitzt theoretisch tatsächlich eine parlamentarische Mehrheit. Eine soche "Linksmehrheit" würde durch ihre Politik der "Strukturreformen" , d.h. der Rationalisierungsplanung, natürlich die Interessen des Monopolkapitals vertreten.
Als Gegenreaktion kristallisiert sich immer stärker eine Interessenvereinigung der "Rechten" heraus, die gegen eine Planung und damit für das Kleinkapital eintritt. Sie geht von der rechten Sozialdemokratischen Partei Saragats PSU (bald PSDI) über den rechten Teil der DC, die Liberalen bis zu den Neofaschisten .

c.) Der Militärputsch

Die Rechten und die Kleinindustrie sind sich natürlich im Klaren, daß die Weiterentwicklung des Kapitalismus nur über eine Rationalisierung erreicht werden kann. Dennoch versuchen sie ihre Politik mit allen Mitteln durchzusetzen. Ihr größter politischer und ökonomischer ist der aggressive US- Monopolkapitalismus, der großes Interesse an der Lähmung des italienischen Monopolkapitalismus hat. Eine militärpolitische Überlegung macht auch die Unterstützung des US-Imperialismus für eine "Rechts-Lösung" in der italienischen Politik erklärbar: die immer größer werdende Unzufriedenheit der Massen, die "schleichende" Inflation , die Kapitalflucht, die Arbeitslosigkeit und die Emigration lassen die politische Situation in Italien immer unstabiler werden. In der großen Streikbewegung vom Herbst 1969 besetzten die Volksmassen - darunter werden das Industrieproletariat, die Landarbeiter und Kleinbauern verstanden - gegen den Willen aller Gewerkschaftsführer zahlreiche Bahnhöfe, Hauptverkehrsstraßen und viele Rathäuser, von denen 3 sogar verbrannt wurden. Die revisionistische KPI und die Gewerkschaften (die inzwischen zu einer großen, reformistischen, korrupten, "apolitischen"=unternehmerfreundlichen Gewerkschaft vereinigt werden)vermögen den Druck der Volksmassen nur noch begrenzt aufzuhalten. Die soziale Unzufriedenheit überwindet objektiv den Revisionismus in einigen spontanen Aktionen wie den außergewerkschaftlichen Streiks in Turin und anderen Städten, obgleich sie bis jetzt keine revolutionäre Führung und Organisation hat. ((Es wäre unrichtig zu sagen, daß in Italien die Revolution unmittelbar vor der Tür stehe: gerade im "heißen Herbst" hat sich gezeigt , daß der Revisionismus der Gewerkschaften und der "Arbeiterparteien "(PCI, PSIUP) trotz ihrer verräterischen Politik einen noch großen Einfluß auf die Massen ausübt. Daraus muß der entschieden Kampf auch gegen den Revisionismus und Opportunismus resultieren)) Zugleich gefährdet die Radikalisierung die Stabilität des kapitalistischen Systems Italiens, was auch gegen die Interessen des amerikanischen Imperialismus geht: die NATO - Stützpunkte in Italien (Südkommando der NATO) werden in ihrer Einsatzbereitschaft gefährdet, da heute immer

die Möglichkeit besteht, daß sie durch die antiimperialistisch gesinnten Massen angegriffen werden. Andererseits würde abef der Revisionismus an der Macht (Linksregierung) bedeuten, daß dieser sich von der NATO-Politik distanziert. Die KPI fordert z.B. in diesen Tagen als Regierungsprogramm eine "Überwindung der entgegengesetzten militärischen und politischen Blöcke". Der US- Imperialismus kann sich allerdings eine soche Situation kaum leisten, vor allem angesichts der Spannung, die heute noch im Voderen Orient herrscht. Er drängt also aus zweifachem Grund (ökonomisch und militärpolitisch) für eine Rechtsregierung.
Nur eine Rechtregierung ist also heute unter dem System des Kapitalismus fähig, den Gegensatz zwischen Monopolkapitalismus und Kleinkapital - im Sinne des Lezteren - zu lösen, und zwar durch eine äußerst entschlossene und brutale Repression der radikalisierten Volksmassen, um eine einigermaßen politische Stabilität für die Kleinindustrie und die US-imperialisten herzustellen.

c.) Rechtsdiktatur und ihre Formen

Bei dem bürgerlich-demokratischen Bewußtsein der italienischen Bevölkerung, das ihr die Politik der revisionistischen und reformistischen Parteien einzuflößen versucht, scheint jedoch eine solche Lösung nicht realisierbar innerhalb des bürgerlich-parlamentarischen Systems : eine "Rechtsregierung" würde heute zweifelsohne eine spontane Reaktion der Volksmassen bewirken(wie etwa 1960 in einer ähnlichen Lage), der sich die revisionistischen Parteien anschließen müßten. Es ist deshalb wahrscheinlich , daß der radikale Rechtsruck sich in Form einer Militärdiktaur äußern wird. Die Formen eines getarnten Staatsstreiches sind nicht auszuschließen: die Einführung einer Präsisialrepublik nach dem Muster de Gaulles von 1958 , die Einführung des Mehrheitswahlrechtes, die Militarisierung der Staatsbeamten, das Verbot von Demonstrationen und eine verstärkte Anwendung noch gültiger Gesetze faschistischer Herkunft - was heute ansatzweise schon versucht wird - könnten die Funktion eines Militärputsches übernehmen. Auch hier gilt es aber zu berücksichtigen, daß die empörte Reaktion der Volksmassen auf einen parlamentarischen Rechtsruck oder einen getarnten Staatssreich erst den Militärputsch in seiner letzten Konsequenz notwendig machen würde.

d.) Vorbereitung des Staatsstreiches

In den letzten Jahren und Monaten sind deutliche Warnzeichen eines Miltärputsches zu hören: 1964 wird der Plan eines Militärputsches aufgedeckt, den der Chef der italienischen Geheimdienstpolizei im Einvernehmen mit dem damaligen Staatspräsidenten Segni vorbereitet hatte; 1969 werden Hunderte von terroristischen Anschlägen der "extremen Linken" unterschoben. Dabei wurden die meisten Anschläge von Neofaschisten mit Kenntnis der Polizei vorgenommen. (Daß die bürgerliche Presse jene Anschläge der "extremen Rechten und Linken" zuschiebt darf nicht verwundern ; sie bedient sich dabei der gewohnten subtilen Manipulation: für 28 Sabotageakte werden die Täter unter den "extremen Linken" gesucht , aber nur 2 "Anarchisten" werden gefunden(!), für 23 Terrorakte wurden schon die Täter unter den Neofaschisten gefunden- was wohlweislich verschwiegen wird.) Im Anschlag vom 12. Dezenber 1969 der in einer Bank 16 Todesopfer forderte, zeigt sich besonders deutlich die Einmischung der Polizei : einer der Hauptangeklagten ist ein berüchtigter Informand der Polizei. Er gehörte bis vor wenigen Monaten einer neofaschistischen Bewegung an, erhielt in diesem Sommer wegen seiner Propaganda für die griechische Diktatur eine Freikarte nach Griechenland und gründete erst vor kurzer Zeit mit anderen sog. "Anarchisten" die "Bewegung des 22. März", Nach der Bewegung von Cohn-Bendit benannt.
Diese Anschläge bereiten die "öffentliche Meinung" für die [illegible]

"Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung" durch eine Militär- oder Präsidialdiktatur vor . Italienische Zeitungen berichten von anti-Guerillaübungen neofaschistischer Bewegungen, und ein Brief der griechischen Diktatoren wird bekannt, in dem die Anwendung der Pläne eines Militärputsches gefordert wird. Schließlich spalteten sich im Sommer 1969 die rechten Sozialdemokraten von den linken und verursachten dadurch eine Regierungskrise. Diese Spaltung wurde von dem US-Imperialismus unterstützt und bezahlt (3 ooo ooo ooo Lire - ca. 2o Mio DM) und trägt zur allgemeinen Spannungssituation bei. Der Wunsch nach einer Wiederherstellung von "Ruhe & Ordnung" seitens der Mittelschichten ist deutlich zu spüren.

Eine sozialistische Revolution in Italien ist sowohl aktuell als auch notwendig

Die Entwicklung des Kapitalismus wird sich also in Italien nicht mehr innerhalb des parlamentarisch-demokratischen Systems abspielen. Insofern erweisen sich die Parolen der revisionistischen Organisationen (KPI, PSIUP) als illusionär: es ist illusionär, eine weitere Demokratisierung, die durch "Strukturreformen" erfolgen soll, innerhalb des bürgerlich-parlamentarischen Systems zu fordern. Es ist illusionär und utopisch, zu glauben, daß eine Politik der Investitionen das größte Problem Italiens - die Unterentwicklung des Südens - lösen könnte, wie es die revisionistischen Organisationen sagen. Nur die Erringung der politischen Macht durch das Bündnis der Arbeiterklasse mit dem ländlichen Proletariat (arme Bauern u. Landarbeiter), nur eine sozialistische Revolution kann eine weitere Demokratisierung Italiens ermöglichen.
Dazu ist aber die Lösung zweier Probleme notwendig: 1. die Analyse der Entwicklungstendenzen des ital. Kapitalismus auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und 2. die Bildung der marxistisch-leninist ischen Organisation, die imstande ist, die proletarische Revolution erfolgreich durchzuführen. Wenn wir das erste Problem (und seines auf Grund dieser Analyse, die in ihrer Art wohl die einzige bleibt) als teilweise gelöst betrachten, scheint die Lösung des zweiten größere Schwierigkeiten zu bereiten.(Vorbedingung ist natürlich, daß man erkennt, daß um die Revolution zu machen, eine revolutionäre Partei notwendig ist).

Die "revolutionären Organisationen"

Gibt es heute unter den bestehenden eine revolutionäre Organisation, die neue Partei? - Die Antwort muß negativ sein, sie schließt eine kurze Analyse der bestehenden "Grüppchen" ein, die diese These unterstreichen soll.
Im wesentlichen gibt es in Italien zwei Gruppen, die sich sowohl ihrer sozialen und politischen Herkunft nachals auch durch ihre Politik voneinander unterscheiden: die der Spontaneisten und Operaisten und die der Marxisten-Leninisten.
Die ersten knüpfen an anarcho-syndikalistische Thesen und Praktiken an, sie fordern eine Selbstorganisation der Arbeiterklasse (Basisgruppenbildung) und verfolgen eine Strategie des "plötzlichen revolutionären Aufstandes", der vorbereitet wird durch ständige und harte Konfrontation mit der Polizei. Sie bekämpfen die revisionistischen und reformistischen Gewerkschaften nicht auf Grund ihrer ideologischen Richtung, sondern prinzipiell, weil d i e Gewerkschaften -ohne deren Orientierung zu berücksichtigen- ein Planungsmittel des Kapitals geworden seien.
Die Agrarfrage wird in ihren Analysen nicht berücksichtigt, ihre praktische Seite erst recht nicht. Die Frage der revolutionären Partei wird erst seit kurzem und nur theoretisch angetippt. Bedeutung haben diese Gruppen nur in Turin (spontane Streiks, militante Arbeitertrupps). Sie haben sich in der Studentenbewegung

(1968/69) vermehrt und haben noch starke Kontakte zu den Trotzkisten sowohl in der KPI ("Manifesto"-Gruppe) als auch der "IV. Internationalen". Ihre Zeitungen: Potere Operaio, Lotta continua, La classe.
Die zweite große Gruppe wird größten Teils von ausgetretenen und ausgeschlossenen Mitgliedern der KPI gebildet, deren einer Teil 1967 die "KPI (m.l.)" gegründet hat. Theoretisch stehen sie auf dem Boden der konsequenten Weiterführung des Marxismus-Leninismus durch die Lehre Mao Tsetungs. Die Abstraktheit deren Anwendung auf Italien zeigt sich aber besonders in der Bildung der neuen sog. "KPI (m.l.)", deren Gründerzahl schon geringfügig genug war und deren Verhältnis zu den Massen ebenso nichtig war und ist. Eine direkte Konsequenz dieser sog. Gründung ist die Tatsache, daß sich die sog. "KPI (m.l.)" in viele kleine Parteichen aufgesplittert hat, von denen jede den Anspruch erhebt, die "Avantgarde" des italienischen Proletariats zu sein. Eine dieser Parteien wird irrtümlicherweise von der KP Chinas unterstützt. Die Gewerksdhaftsfrage wird von der KPI (m.l.) zwar gestellt, aber weder theoretisch noch praktisch gelöst.
Noch ein Wort ist zu sagen zu den Organisationen der Bourgeoisie, die sich an die neue historische Situation angepaßt haben: Die "Unione dei Comunisti marxisti-leninisti italiani", die sich in den letzten Monaten als neue "KPI (m.l.)" konstituiert hat.(Bezeichnenderweise wurde sie in bürgerlichen Zeitungen wie "konkret" als "die Avantgardealler revolutionären Prozesse in Italien" bezeichnet; konkret vom 30.12.69).Sie wird bezahlt vom Monopolkapital (Fiat), deren Ideologie enthält viele Elemente einer neofaschistischen Bewegung : Ausrichtung der Politik auf die Mittelschichten ("Lösung der Nebenwidersprüche, Hegemonisierung des Mittelstandes"), soziale Struktur : getragen von kleinbürgerlichen Intellektuellen, Lumpenproletariat und einer großen Zahl von Kindern (in Aufmärschen); militärisch prunkhaftes Auftreten in Demonstrationen ; Führerideologie ; versöhnlerische Politik gegenüber Fabrikbesitzern. Laut Radio Peking ist die "Unione" eine "Sekte von Faschisten, bezahlt vom internationalen Kapital, vom US-Imperialismus". Dieser Analyse schließen wir uns an, mit dem Hinweis auf die Herkunft ihrer Gelder, die die "Unione" als Agent des nationalen Kapitals entlarvt.
Die Gruppe "Stella Rossa" (Roter Stern), der der Verfasser dieses Artikels angehört, erhebt nicht den Anspruch, die neue Avantgarde zu sein. Als einzige der bestehenden Organisationen gibt sie eine Analyse der Entwicklung des italienischen Kapitalismus und versucht daraus die notwendigen Aufgaben der Marxisten/Leninisten herzuleiten. Aus der analytischen Erkenntnis des Reformismus der Gewerkschaften und des Revisionismus der heutigen Arbeiterorganisationen (KPI, PSIUP,PSI) leitet sie die Notwendigkeit
1. zur Bildung einer revoutionären Organisation ab, einer revolutionären Partei,die folgendes Prinzip des Marx. - Len. als Grundlage hat:"Die wahren marx. - len. Parteien und Organisationen wachsen allmählich im Prozess der Verbindung des Marxismus - Leninismus mit der konkreten revolutionären Praxis in ihren eigenen Ländern" (Lin Piao , Bericht auf dem IX. Parteitag der KPCH);
2. zur Bildung von Klassengewerkschaften (sindacati unitari di classe) ab, die die Linie der Partei in den gewerkschaftlichen Kampf tragen und den modernen Revisionismus von der praktischen Seite bekämpfen sollen.

Andrea Donati

NACHRUF AUF DIE ANTI-BUNDESWEHR-KAMPAGNE oder
Die Liquidierung der antiautoritären Phase macht ungeheuere Fortschritte

1. Kein Kommunist würde es wagen, die Bedeutung der Arbeit gegen das Militär als Teil des proletarischen Klassenkampfes zu leugnen. Lenin deutet an (in einer Fußnote von "Was tun?", 1902), unter welchen taktischen und strategischen Voraussetzungen von Kommunisten innerhalb der stehenden Heere agitiert werden muß:
"Zum Beispiel macht sich in letzter Zeit zweifellos eine Belebung des demokratischen Geistes in Militärkreisen bemerkbar, zum Teil infolge der sich häufenden Fälle von Straßenkämpfen gegen solche "Feinde" wie Arbeiter und Studenten. Und sobald es die vorhandenen Kräfte erlauben, müssen wir unbedingt der Propaganda und Agitation unter den Soldaten und Offizieren, der Gründung von "Militärorganisationen", die unserer Partei angehören, die größte Aufmerksamkeit schenken."
Das heißt:

a. Die Voraussetzung für die Agitatiomstätogkeit in Militärkreisen ist die durch den Anschauungsunterricht des Klassenkampfes erfolgte Mobilisierung der uniformierten Proletarier und Bauern, d.h. die Klassenkämpfe müssen ein bestimmtes Niveau erreicht haben, bevor sie sich in der Armee auswirken können, konkret als Solidarisierungszwang für uniformierte Proletarier.
Das heißt auch: Der Klassenkapf kann nicht entfaltet werden unter der Parole: Tragt Unruhe in die Armee!

b. Die Partei als Avantgarde des Proletariats organisiert die Arbeit in Militärkreisen und richtet sie an den objektiven Interessen der Arbeiterklasse aus.

c. Ob die Propaganda-und Agitationstätigkeit auf das Militär ausgedehnt wird, entscheidet die Partei nach realistischer Einschätzung ihrer Kaderkräfte.

d. Im Militär werden Parteizellen geschaffen, die nicht spezielle Soldateninteressen vertreten, sondern die Gesamtinteressen des Proletariats.

Die Taktik orientiert sich an dem konkreten Stand des Kampfes.

Von diesen 4 Bedingungen für die Arbeit in Militärkreisen ist heute keine einzige gegeben.

1. Die Klassenkämpfe sind wenig entwickelt.
2. Es gibt keine revolutionäre kommunistische Partei.
3. Die potentiellen Kader müssen sich in den Massen verankern, um so die Voraussetzungen für eine revolutionäre kommunistische Partei zu schaffen. Diese Kräfte müssen gezielt eingesetzt werden!

4. Es ist zwar möglich, AKS (Arbeitskreise Kritischer Soldaten) zu gründen, aber wo bleiben die Gesamtinteressen des Proletariats?

2. In jüngster Zeit hat in Marburgs linken Kreisen die sogenannte "Anti-Militarismus-Arbeit" eine neue Hochkonjunktur erlebt. Die Parole "Vom abstrakten zum konkreten Internationalismus" soll nun für jeden, der ihr zu folgen gewillt ist, heißen, den Militärapparat der BRD durch massenhafte Kriegsdienstverweigerung (KDV) oder durch Kadertätigkeit in der Bundeswehr lahmzulegen. Jeder, ob Student, Schüler, Lehrling oder Jungarbeiter, soll sich auch einmal im antimilitaristischen Kampf vor den nicht öffentlichen KDV-Prüfungsausschüssen üben oder bei der Durchbrechung von Sozialisationsmechanismen in der Bundeswehr.
Dazu ist einiges zu sagen:

a. Nur dem ausgemachtesten Naivling dürfte klarzumachen sein, daß der Abklatsch der marcuseanischen großen Verweigerung, die KDV, gleichzusetzen ist mit antimilitaristischem Kampf.

b. Das "Ohne-mich-Konzept" führt dazu, daß die "bewußtesten" Wehrpflichtigen nicht der Bundeswehr zur politischen Last werden, sondern in Ersatzdienstgruppen ihr individualistisches Süppchen kochen und verspeisen können.
Der Schrei nicht nur der SPD nach höherer Wehrgerechtigkeit, die Bestrebungen, den Ersatzdienst neben dem Wehrdienst zu einer weiteren Schule der Nation zu machen, macht außerdem deutlich, daß ein KDV nur aus einer Unterdrückungsmaschine in die nächste übergeht. Soll das antimilitaristischer Kampf sein?

c. Zudem hat es den Anschein, als ob junge Arbeiter, die "Nur" Volks- und Berufsschulbildung haben, eine klassenspezifische Angst vor der Gewissensschnüffelei der Prüfungsausschüsse entwickeln und die ganze KDV für Studentenscheiße erklären.
So gelang es auch dem reaktionären Offizierscorps mit dieser Argumentation, KDV-Soldaten von ihren Kameraden zu isolieren.
Ein weiteres Indiz: ca 70 % der KDV haben höhere Schulbildung und nur 5% Arbeiterkinder besuchen die Universität, was beides darauf schließen lässt, daß sich die KDV vorwiegend aus dem Klein- und Bürgertum rekrutieren.
Man könnte nun auf den Gedanken kommen, die KDV vor allem in Lehrlings- und Arbeiterkreisen zu propagieren, um sie so zu einer echten Massenbewegung zu machen. Dagegen ist zu sagen, daß ein falscher kleibürgerlicher Agitationsansatz dadurch nicht richtiger wird, daß man ihn auf eine breitere Basis stellt.

d. Die KDV, ausgegeben als antimilitaristischer Kampf, ist ein gefährliches Betrugs- und pfäffisches Täuschungsmanöver, weil sie die Massen einschläfert und ihnen vormacht, den Imperialismus auf friedlichem Wege an- und zerschlagen zu können.
Das Wort eines jüngst zur KDV motivierten Schülers: Wenn alle den Kriegsdienst verweigern, dann ist der Krieg vorbei!
-Wahrhaftig-
Schön wäre es. Nur vergißt unser Schüler und mit ihm alle, die sich sozialdemokratischen Sand in die Augen haben streuen lassen, daß auf diese Weise wohl e i n Unterdrückungsinsrument der herrschenden Kapitalistenklasse abgeschafft wäre, die herrschende Klasse aber ungeschoren bliebe mit ihrem ganzen Ausbeutungsapparat-und er vergißt, daß die Kapitalistenklasse niemals freiwillig ihre Machtposition räumt, sondern nur durch den bewaffneten Aufstand gestürzt werden kann.
Er vergißt, daß der Krieg nur durch den Krieg abgeschafft werden kann, der mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats ruhmreich endet.
Deshalb müssen wir solchen Irrmeinungen mit äußerster Entschiedenheit entgegentreten!

Wenn nun schon bewiesen sein dürfte,dass KDV nicht verwechselt werden darf mit antimilitaristischem Kampf,so ist die Alternative,die dem"bewußtesten Teil" schmackhaft gemacht werden soll- in die Bundeswehr zu gehen und dort "Kader" zu sein- noch keineswegs abgetan.
Zum Kader gehören zumindest 2 Sachen:
1.daß er einen klar umrissenen Auftrag hat(wer sollte ihn anweisen?)und daß er in der Lage ist,selbständig diesem Auftrag gemäß zu handeln,und
2.daß er das Vertrauen der Massen erworben hat und von ihnen als Führer anerkannt wird.
Ein sogenannter Bundeswehrkader findet nun bei seiner Kaderarbeit bestimmte Bedingungen vor:
Die "Massen" sind uninteressiert an der Bundeswehr("Die 18 Monate kriegen wir schon irgendwie herum"),die Fluktuation ist sehr groß (Versetzungen und Entlassungen),das Befehl-Gehorsam-Verhältnis aktiviert die Soldaten zu antiautoritären Reaktionen,zugleich gibt es eine gewalttätige Disziplinarordnung,die von der Geldstrafe bis zum Arrest alles möglich macht..usw.
"Unser" Kader verfolgt also nun das Prinzip "aus den Massen schöpfen,in die Massen hineintragen".Die vorherige Analyse hat ergeben,daß es darauf ankommt,die formierende Sozialisation als Primärfunktion der Bundeswehr zu durchbrechen.
Er stellt fest,daß die "Massen" eine höllische Wut auf alles haben,was,vom Unteroffizier angefangen,ihnen das Leben sauer macht.
Was wird er tun?
Er wird sagen:Gegen Druck von oben hilft nur Druck von unten,und da gibt es die und die Möglichkeiten.Mit einem Wort:er ist bemüht, die "Massen" antiautoritär aufzuheizen gegen die Vorgesetzten, und allzuleicht werden die Vorgesetzten zu Ersatzklassenfeinden stilisiert.Wie weiter?
Weiter geht es nicht;wenn er so weit gekommen ist,werden die Leute versetzt oder haben ihre Zeit abgedient.
Mit einem Wort:Sehr weit ist er nicht gekommen. Warum?
a.Das besondere militärische Gewaltverhältnis vernebelt leicht den Blick.Es ist schwierig,hinter dem Vorgesetzten das Kapital hervorscheinen zu lassen.
b.Die Masse der Soldaten bringt keine politische Motivation mit, die Erfahrung proletarischer Klassenkämpfe und der eventuell von ihnen ausgehende Solidarisierungszwang fehlt.
Das ist konkret das,was einen Bundeswehr-Kader erwartet.

Deshalb:Versucht Euch zu drücken! oder
Geht in die Bundeswehr.Seht darin das notwendige Revolutionstraining!
Lernt schießen!
Studiert die Nebenwidersprüche in der Bundeswehr!

Berg, Domschat u.a.

::

Zusammenstellung, technische Dreckarbeit usw.: Ulli Sittermann und Jörg Trinogga, 355 Mbg., Gutenbergstr.18, CG, Tel.23110.
Wir sind für alle nicht gezeichneten Beiträge sowohl politisch als auch "presserechtlich" verantwortlich, für gezeichnete Beiträge logischerweise nur letzteres. Beiträge für die nächsten Nummern der ROTEN BLÄTTER (sollten sie noch länger erscheinen) bitte bei uns abgeben.